

Bezugspreis: Vierteljährl. 30.- M., monatl. 10.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Post- bezug: Vierteljährl. 30.- M., einjährl. 100.- M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die achtspaltigen Kompositionen kosten 5,50 M. ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Dienstag, den 28. Juni 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Neue Reparationsverhandlungen.

Paris, 28. Juni. (EE.) Heute beginnen in Paris die Verhandlungen zwischen den französischen und deutschen Sachverständigen über das Reparationsproblem.

Was die letzte Frage betrifft, so sei behauptet worden, daß damit die Reparationskommission eines ihrer Rechte beraubt werde, weil nur sie die Zahlungsweise zu bestimmen habe.

Die deutschen Zahlungen.

Paris, 28. Juni. (TL.) Die deutsche Regierung kündigt, wie der Korrespondent der 'Frankfurter Zeitung' erfährt, eine weitere Zahlung von 44 Millionen Goldmark auf die bis zum 1. August fällige Milliarde an.

Die amerikanische Friedensentschließung.

Washington, 28. Juni. (WB.) Einer Reutermedien zufolge erklären die republikanischen Führer, daß ein Abkommen über die miteinander konkurrierenden Entschließungen Ansg und Porter bezüglich Beendigung des Krieges mit Deutschland und Österreich erzielt worden sei.

Die englische Reichskonferenz.

London, 28. Juni. (EE.) Die Konferenz der Dominions setzte gestern die Erörterung über den Bericht Lord Curzons über die auswärtige Politik Englands fort.

meinsam erörtert werden. Andere wünschen, daß der englisch-japanische Bündnisvertrag mit der Frage der Seerüstung zusammen besprochen werden solle.

'Daily Express' zufolge hat die britische Regierung der japanischen Regierung vorgeschlagen, daß der Bündnisvertrag vom Juli ab weitere drei Monate in Kraft bleibe.

Kolonialkonferenz mit Amerika?

London, 28. Juni. (WB.) Lloyd George teilte in einer schriftlichen Antwort auf eine Anfrage eines Unterhausmitgliedes mit, daß der jetzt in Genf tagende Rat des Völkerbundes angeht die Haltung der Vereinigten Staaten in der Mandatarfrage eine Konferenz zwischen den Mandatarmächten und den Vereinigten Staaten vorgeschlagen habe.

Giollittis Rücktritt.

London, 28. Juni. (WB.) Der diplomatische Mitarbeiter des 'Daily Telegraph' schreibt, der Rücktritt des Kabinetts Giollitti sei ein Ereignis von ungewöhnlicher Bedeutung.

Um Giollittis Nachfolgerschaft.

Rom, 28. Juni. (GP.) Der in parlamentarischen und politischen Kreisen als Nachfolger Giollittis bezeichnete Kommerzienpräsident de Nicola will die Nachfolgerschaft des Präsidenten nicht übernehmen.

Bolschewistendämmerung?

London, 28. Juni. (WB.) 'Morning Post' meldet aus Kiew, in dortigen Blättern werde berichtet, daß im Gouvernement Perm (an der Grenze des europäischen und asiatischen Rußlands) die letzten Wahlen zu den Provinz-, Bezirks- und ländlichen Sowjets zu der Wahl von Partellosen und in den Städten zu menschenwichtigen Kandidaten geführt haben.

In Perm selbst und in den Städten des Gouvernements sind die Rechte des Privatbesitzes den Besitzern von Häusern, Läden, Handelsunternehmungen und kleinen Fabriken zurückgegeben worden.

Überfall auf den Bahnhof Gleiwitz. Nach einer Meldung der TL. besetzten polnische Insurgenten am Sonntag die Eisenbahnwagenwerkstatt, die staatlichen Güterwaggons und ein Stahlhüttenwerk in Gleiwitz.

Der Etat von Groß-Berlin.

Von Richard Bohmann.

In der heutigen Stadterordnetenversammlung wird der erste Etat des neuen Berlin verabschiedet werden. Der Etatsauschuß hat das unmöglich Erscheinende möglich gemacht und in einer knappen Woche den 6-Milliarden-Etat durchberaten.

Wenn aber der Etat nicht bis zum 1. Juli verabschiedet wird, so würde auf Grund der bestehenden Befehle die neue Stadtgemeinde für das laufende Jahr des Rechtes auf eine selbständige Festsetzung der Steuern verlustig gehen.

Diese Argumente schienen im zweiten Drittel der Beratungen ihre Wirkung auf die Vertreter der unabhängigen Fraktion nicht zu verfehlen.

Drei Fragen standen im Vordergrund der Debatte, und bei allen dreien war die Haltung gerade der Unabhängigen so rätselhaft und widerspruchsvoll, wie es bei einer Partei mit politischen Grundrissen nicht möglich sein sollte.

Als diese Anregung dann von bürgerlicher Seite aufgegriffen und zu einem Antrage erhoben wurde, stimmten aber die Unabhängigen dagegen.

Den zweiten Streitpunkt bildete die Erhöhung der Schulgeldsätze für die höheren Schulen. Nach anfänglichem Schwanken stellten sich hier die Unabhängigen auf den von uns von vornherein eingenommenen Standpunkt, eine Staffelung des Schulgeldes nach sozialen Gesichtspunkten in der Form durchzuführen.

Der dritte Punkt betraf die Erhöhung der Einnahmen aus den städtischen Werken. Ehe nicht eine erhebliche Steigerung der Rentabilität unserer städtischen Werke zu erreichen ist, kommen wir um die abermalige Erhöhung der Tarife für Gas und Elektrizität nicht herum.

stimmten sie gegen die Tarifierhöhung, wodurch der Etat ein Loch von nicht weniger als 75 Millionen erhalten hätte.

Hier gilt daselbe, was von diesem ganzen Notetat überhaupt zu sagen ist. Wir haben durch die Zerrüttung der städtischen Finanzen infolge des Krieges nur die bange Wahl, jedesmal von zwei Uebeln das kleinere zu wählen. Wir müssen entweder auf manche wichtige kulturelle und soziale Aufgabe vorläufig verzichten und mancher Maßnahme zustimmen, für die wir nur unter dem Zwange bitterster Not eintreten können, oder aber wir müssen unser Unvermögen erklären, den Haushalt der Stadt ins Gleichgewicht zu bringen und damit den Bankrott anfragen. Wer sich seiner Verantwortung gerade gegenüber der arbeitenden Bevölkerung Groß-Berlins bewußt ist, wer in der Arbeit der größten kommunalen Verwaltung Deutschlands mit einer sozialistischen Mehrheit zugleich eine Prestigefrage des Sozialismus überhaupt sieht, der kann das Letztere nicht wollen.

Deshalb hat unsere Fraktion — trotz schwerster Einzelbedenken — für den Etat gestimmt. Die Rechtsparteien glauben, die günstige Situation zu einem Vorstoß gegen die Entscheidungsfreiheit der sozialistischen Mehrheit ausnützen zu dürfen. Somit unsere Partei in Frage kommt, haben wir durch eine Erklärung unseres Vertreters im Ausschuss ausdrücklich jede Bindung abgelehnt. Wir werden grundsätzlich keine Ausgaben ohne die erforderliche Deckung bewilligen, aber wir werden die Selbständigkeit unserer Entscheidung weder den bürgerlichen Parteien noch irgendeiner anderen gegenüber aufgeben. Im Ausschuss haben die bürgerlichen Parteien sich mit diesem Standpunkt abgefunden und dem Etat zugestimmt. Es besteht also die Wahrscheinlichkeit, daß sie auch heute abend im Plenum mit uns zusammengehen werden. Wir hoffen aber immer noch, daß die U.S.P. ihre fast ungläubliche Ablehnung des Gesamtetats nicht aufrechterhalten wird. Es wäre auf tiefste Befremdung, wenn entweder die bürgerlichen Parteien die zurzeit noch größte sozialistische Partei im Roten Hause an Verantwortungsgesühl übertreffen sollten, oder wenn gar durch die Schuld dieser Partei der erste Etat des sozialistischen Berlins abgelehnt werden sollte. Wir glauben, daß die Arbeiterschaft Groß-Berlins die Antwort auf eine solche „Politik“ nicht schuldig bleiben würde.

Schwarz-weiß-rote Trauer.

Die reaktionäre Presse stimmt über ihre unverhoffte Niederlage in der Flaggenfrage Trauergesänge an. Man glaube durch die klägliche Haltung der bürgerlichen Mittelparteien den Sieg schon in der Tasche zu haben; um so bestiger entzündet sich der Zorn gegen den Reichskanzler Wirth, unter dessen Führung ein Teil der Zentrumsfraktion für Schwarz-rot-gold gestimmt und damit die Blamage der Republik verhindert hat. „Diesem Kanzler trauern wir alles zu!“ so tobt die „Kreuzzeitung“, und sie sucht bereits das Zentrum gegen Wirth rebellisch zu machen. Natürlich, was soll man nicht einem Kanzler zutrauen, der für die verfassungsmäßig festgelegten Farben der Republik eintritt. Das ist ein zweiter Max Hölz oder noch etwas viel Schlimmeres! Natürlich fehlt es nicht an den Schlaubergern, die darüber zeteren, daß die sozialistischen Parteien aus dieser „rein technischen“ Frage eine politische gemacht hätten. Hier klappt aber die Regie nicht. Wer heute den Hut und Haß erfüllten Artikel der „Post“ über den „Novemberfleck“, den schwarz-rot-goldenen „Jammertappan“ liest, der erkennt auch ohne Brille, daß die Flaggenfrage für die Reaktionäre alles andere als eine rein technische war.

Unter diesen Umständen macht es sich kläglich, wenn die demokratische Presse immer noch die Fiktion aufrechterhalten will, daß die ganze Frage rein sachlicher Natur und politisch belanglos gewesen sei. Dabei versteigt sich das angebliche linksdemokratische „B. L.“ sogar zu dem tramerhafnen Argument, daß die Beibehaltung der alten kaiserlichen Flagge wünschenswert gewesen sei, weil die Anschaffung des neuen

Der Journalist.

In der dänischen Zeitschrift „Der Journalist“ schreibt Preßis Offen, ein vieljähriger Redakteur, über seinen Beruf:

Das tiefe, widerliche Gefühl von Eere, das den Journalisten ergreifen kann, steht oft in Verbindung mit der Tatsache, daß er, obwohl er sich stets mitten im Leben und Schaffen befindet, gleichzeitig immer außerhalb des Lebens ist. Er schreibt, schreibt — und handelt nicht. Anders bauen Häuser, leiten Unternehmen, senden Schiffe in die Häfen aus, gründen Firmen und Gesellschaften, schreiben Verträge, führen Prozesse, stellen Brot oder Würbel her, handeln mit Butter oder Petroleum, lassen Geld zirkulieren, treffen Entscheidungen über das Wohl der Menschen. . . Der Journalist schreibt bloß über das alles. Und nicht genug damit, daß er bloß über das schreibt, was die ändern tun: er wird auch erfahren, daß, wenn er sich eines Tages nicht mehr darauf beschränkt, darüber zu schreiben, sondern selber daran teilnimmt, im selben Augenblick seine Feder gelähmt, seine Kraft gehemmt ist. Er kann nicht mehr schreiben.

Der Journalist muß sich für alles interessieren — und darf an nichts interessiert sein. Damit berühren wir den innersten Kern seiner Tragödie — wenn er's tragisch auffaßt. Er muß immer bereit sein, in einer Sache aufzugehen, für eine Aufgabe zu kämpfen, aber er muß imstande sein, sie von sich zu werfen und an einem ganz anderen Punkte zu beginnen, wenn es, wie so oft, erforderlich ist. So sehr ihn auch das Thema, mit dem seine Feder sich beschäftigt, in Anspruch nimmt — in erster Linie hat es doch als journalistischer Stoff so glühendes Interesse für ihn. Bedeutet die Sache mehr für ihn als Stoff für die Zeitung, für die er schreibt, so tut er am besten, daran, ihre Behandlung einem Kollegen zu überlassen.

Natürlich würde besser ein wissenschaftlicher Sachverständiger diese oder jene Frage behandeln, es geschähe dann eben mit größerer Sachkenntnis und Gründlichkeit, und es würden weniger Irrtümer und Druckfehler unterlaufen. Aber dafür würden die Artikel mindestens acht Tage zu spät erscheinen, und sie wären für ihr Publikum vielleicht unleserlich. Da haben wir die Kunst der Journalistik: der mit Druckfehlern geplagte, aber leserliche Artikel heute — statt der fehlerfreien, aber unleserlichen Abhandlung in acht Tagen!

Aber der Journalist hat eine unglückliche Liebe: er will gern mehr als Journalist, er will die ganze Welt sein: Landwirt und Gelehrter, Philatelist und Kaufmann, Techniker und Kunstkritiker, Bekehrer und Pfarrer. Auf die Dauer ist es gar zu unzufrieden, sich damit begnügen zu müssen, als das nur scheinbar und immer nur ein, zwei Tage zu sein. Doch der Journalist muß resignieren. Er muß sich damit begnügen zu schreiben, zu schreiben. Es ist seine Kunst, alle möglichen Rollen zu spielen, aber er darf nicht mehr, als sie spielen. . .

Fahmentuch zu teuer gewesen wäre. Ben erinnert diese Denkart nicht an den Krähwinkler Landsturm, der singt, als er seine Fahne verloren hat:

Unser Fähnchen, das mißt sechs Ellen Loth,
Solch ein Ding ist bald wieder angeschafft.

Wir möchten den besorgten Fahmentuchträgern doch folgendes zu bedenken geben: Der Bau des Stinnesdampfer Ludendorff hat 12 Millionen Mark gekostet. Welche Rolle spielt bei dieser Summe wohl das neue Fahmentuch! Sicher hätte es nicht den hundertsten Teil gekostet, wie allein die pompöse und provozierende Schiffstaufe. — Daß die Sozialdemokratische Partei die Situation durchaus richtig erfaßt hat, das muß selbst die „Germania“ zugeben, obgleich sie eine matte Verteidigung der Mehrheit der Zentrumsfraktion versucht. Sie schreibt:

Die Rechtsparteien führen gegen das Schwarz-Rot-Gold einen erbitterten Kampf, der sich gleichzeitig gegen die Staatsform richtet. Ihnen ist das schwarz-weiß-rote Banner das Symbol der Monarchie, des alten Deutschland, das sie zurückersehnen. Ihr Kampf für das Schwarz-Weiß-Rot ist ein politischer. Diese Haltung macht es gewiß nicht leicht, den Bedenken der Reeder und der Auslandsdeutschen Rechnung zu tragen.

Schließlich möchten wir eins richtig stellen. Die Verordnung des Reichspräsidenten über die neue Flagge tritt nicht, wie hier infolge eines Irrtums geschrieben wurde, am 1. Januar, sondern bereits am 1. Juli, also in wenigen Tagen in Kraft.

Mobilmachung der Rechtsopposition.

Unter diesem Titel bringt die „Germania“, das Berliner Zentrumsblatt, einen außerordentlich scharfen Artikel gegen die deutschnationale Demagogie. In diesem Zusammenhang wird auch der Deutschen Volkspartei bescheinigt, daß sie unter dem Druck der deutschnationalen Agitation zum Ultimatum eine Haltung eingenommen hat, die man ehrlicherweise als „wahlpolitisch von rechts beeinflusst“ bezeichnen muß. Vielleicht interessiert sich Herr Stegerwald für diese Kennzeichnung der Partei, von der er nicht lassen kann.

Mit besonderer Schärfe geißelt die „Germania“ die Steuerdemagogie der Rechten, die ein „ganzes System planmäßiger Verhegung“ erfunden hat, um die Steuerzahler rebellisch zu machen. Die von Herrn Helfferich betriebene Auspeitschung des Steueregoismus der Besitzer von Goldwerten trage alle Anzeichen einer Katastrophenpolitik an sich. Dabei bedauert die „Germania“, daß dem Anschein nach auch gewisse demokratische Kreise in diesem Punkte sich als Hilfsstruppe zu der Reaktion gesellen. Aber sie sollte nicht vergessen, daß gestern in der Flaggenfrage auch der größte Teil des Zentrums samt den Demokraten der Reaktion einen Helfferdienst, freilich einen dergleichen, geleistet hat.

Als das Ziel der Rechtsdemagogie bezeichnet die „Germania“ das Bestreben, die Zentrumsparthei zu zerschlagen, den rechten Flügel abzusprenken, um ihn in dauernde Koalition mit den beiden Rechtsparteien zu bringen. Wenn heute die „Kreuzzeitung“ das Zentrum fragt, wie lange es sich von dem „Kanzler der Roten“, von Dr. Wirth, „an der Nase herumführen“ lassen will, so sieht man hier allerdings deutlich die Absicht.

Die Entwaffnungsfronde.

In Nr. 145 der „Tilfiter Allgemeinen Zeitung“ fand sich folgendes Inserat:

Deutschnationaler Kreisverein Tilfit.

Wir haben an den Herrn Reichskanzler folgendes Schreiben abgeandt:

Der Deutschnationale Kreisverein Tilfit hat von dem Entwaffnungsbefehl der Reichsregierung Kenntnis genommen. Bis her hatte jeder Kulturstaat es als seine Pflicht erachtet, seine Angehörigen zu schützen. Den Schutz, den jedermann seiner Familie schuldet, übernahm der Staat. Der Entwaffnungsbefehl beweist, daß die Reichsregierung ihrer Schutz-

Es braucht kaum betont zu werden, daß Offen nur einen bestimmten Journalistentypus charakterisiert, daß es aber daneben auch andere gibt. Besonders in der Arbeiterpresse ist die Verbindung des Schreibers mit dem Leben eine viel enger. Aber gewisse Eigenschaften des Mannes von der hastigen Feder sind hier richtig gesehen.

Sozialhygienische Akademien. Seit einem Jahr etwa bestehen in Breslau, Charlottenburg und Düsseldorf sozialhygienische Akademien, deren Errichtung einen bedeutenden Fortschritt in der Entwicklung des Medizinstudiums darstellen. Durch die Verordnung, daß alle Kreisärzte einen viermonatigen Kursus auf einer solchen Akademie durchmachen müssen, ist den neuen Unterrichtsanstalten eine Anzahl Teilnehmer gesichert, die sich hoffentlich durch andere Ärzte und Studenten der Medizin vergrößern. Der Leiter der sozialhygienischen Akademie in Düsseldorf, Dr. Ludwig Teletzky, erörtert in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ die Aufgaben dieser neuen Studienanstalten.

Die Wissenschaft der „sozialen Hygiene“ hat sich außerhalb der Universitäten entwickelt, weil sie ihre stärksten Anregungen aus dem praktischen Leben empfängt. Heute sind aber die Gebiete der öffentlichen Gesundheitspflege so ausgebreitet, daß die staatlichen Gesundheitsbeamten zur Tätigkeit auf diesem Gebiet einer ganz besonderen Vorbildung bedürfen. In erster Linie handelt es sich dabei um die Kreisärzte, dann aber auch um all jene Ärzte, die die Führung in der Gesundheitsfürsorge in ihrem Wirkungskreis übernehmen müssen. Um diesen Berufen in Theorie und Praxis die notwendige Ausbildungsgelegenheit zu schaffen, war es notwendig, eigene Akademien zu errichten. Der Unterricht in der Gesundheitsfürsorge erfordert ja die Mitwirkung zahlreicher nicht dem Lehrkörper der Universität angehörender Personen. Besonders für die praktischen Zweige der Hygiene sind die Personen als Lehrer am besten geeignet, die mitten in dieser Tätigkeit stehen: der städtische Schularzt, der städtische Tuberkulosearzt, der Leiter der Landesversicherungsanstalt usw. Nur müssen sie hier lernen, im Kranken das Glied einer sozialen Gemeinschaft zu sehen. Die Krankheit muß betrachtet werden in ihren ursächlichen Beziehungen zu den sozialen, wirtschaftlichen und beruflichen Verhältnissen.

Da die Sozialhygiene das Grenzgebiet zwischen medizinischen und Sozialwissenschaften darstellt, so muß nach dem Unterrichtsplan dem jungen Arzt zunächst einiges über Volkswirtschaftslehre, Sozialpolitik, Sozialversicherung und die Grundzüge unserer Staatsverwaltung mitgeteilt werden. An diese Vorlesungen schließt sich eine Darstellung der Tätigkeit der lokalen Formen der Sozialversicherung, der Landesversicherungsanstalt, der Krankenkassenverbände. Einen größeren Umfang nimmt sodann der Unterricht in „sozialer Pathologie“ in Anspruch. Die Hauptthemen des wichtigsten Abschnitts des Stundenplanes, der sich mit sozialer Fürsorge beschäftigt, sind: Kinder- und Jugendfürsorge, Krüppelfürsorge, Tuberkulosefürsorge, Bekämpfung des Alkoholismus, der Geschlechtskrankheiten, dann die abendlichen Zweige sozialer Fürsorge, so für Wöchnerinnen, Blinde, Taubstumme, Kriegsbeschädigte usw., endlich Krankenhauswesen, Wohnungswesen, Arbeiterfürsorge

pfligt gegenüber der Provinz Ostpreußen fernerhin nicht nachkommen will. Das Verhalten der Reichsregierung wird ernste politische Folgen haben. Die Verantwortung trägt die Reichsregierung.

Im Auftrage: Siegfried, Landgerichtsrat a. D.

Auf diese deutschnationale Schnoddrigkeit sandte das Parteisekretariat der SPD. für den Regierungsbezirk Gumbinnen seinerseits einen Brief an den Reichskanzler Wirth, der die ausdrückliche Billigung des Entwaffnungsbefehls der Reichsregierung ausspricht. Das Schreiben weist auf die Gefährdung hin, die wiederholt in Ostpreußen durch die übergroße Zahl von Reichswehr und Schupo für die Bevölkerung entstanden sei, so zum letzten Male am 17. Juni aus Anlaß einer Protestversammlung in Tilsit gegen die Ermordung des Abgeordneten Garelis, bei der zehn Tilsiter Einwohner, davon der größte Teil der Sozialdemokratie angehörig, durch Geschosse und Handgranaten verwundet wurden. In dem Brief wird zum Ausdruck gebracht, daß die in Ostpreußen rechtlich anerkannten Sicherheitsorgane zum Schutz der öffentlichen Ordnung völlig ausreichend seien und daß auf einer Parteikonferenz in Königsberg der Antrag auf Auflösung der reaktionären Ortswehren gestellt worden sei.

Das Schreiben unserer Tilsiter Parteigenossen erinnert daran, daß gerade die deutschnationalen Landräte der Kreise Tilsit und Ragnit wie einige andere höhere Staatsbeamte in den Stunden der Gefahr im August 1914 die Bevölkerung schutzlos im Stich ließen, indem sie bei dem Russeneinfall schleunigst die Flucht ergriffen. Zum Schluß enthält der Brief einige Angaben über die Persönlichkeit des Herrn Siegfried, die für diesen außerordentlich charakteristisch sind. Es handelt sich nämlich um denselben Landgerichtsrat Siegfried, der sich als amtierender Richter in Tilsit weigerte, der verfassungsmäßig gewählten Reichsregierung den Eid auf die Verfassung zu leisten, und der deshalb auf einen Antrag der SPD. von der Staatsregierung seines Amtes entbunden wurde.

Verfassungskonflikt in Bayern.

München, 28. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.)

Wie sehr trotz aller offiziellen Versicherungen das Vertrauen des Landtages in die durch die jahrelange Mißschuld an dem Nord an Garelis belästete Regierung erschüttert worden ist, beweist die gestrige Abstimmung im Verfassungsausschuss des Landtages. Es stand die Verordnung über Schulpflege und Schulleitung zur Debatte. In der Einleitung hatte der Kultusminister erklärt, daß nicht die ganze Verordnung, sondern nur gewisse Teile dem Landtage zur Begutachtung vorgelegt werden sollen, und versuchte dies verfassungsrechtlich zu begründen. Die Verordnung wurde durchberaten, als aber Abänderungsvorschläge über die Schulaufsicht besonders von sozialdemokratischer Seite kamen, folgte der Minister, jetzt sei es Zeit, verfassungsmäßige Bedenken zu äußern, damit der Landtag über diese Fragen zur Beschlußfassung komme. Sämtliche Parteien waren unter Berufung auf § 46 der Verfassung der Meinung, daß die Verordnung ungeltezt dem Landtage vorzulegen sei. Der Minister legte sich jedoch auf seinen Standpunkt fest, und so kam es zur Abstimmung, bei der 18 Stimmen gegen die Regierungsauffassung abgegeben wurden, während nur 13 Abgeordnete der Bayerischen Volkspartei sich der Stimme enthielten.

Wäre der Vorstoß der Regierung Rahr-Matt gelungen, so wäre ein tiefer Eingriff in die Verfassung erfolgt. Nun steht die Regierung isoliert da. Selbst der Redner der Demokraten erklärte, die in diesem Fall eingeschlagene Praxis der Regierung sei ganz neu. Er erklärte das Vorgehen der Regierung vom staatsrechtlichen Standpunkte aus für bedenklich. Vom politischen Standpunkte aus sei es geeignet, nur neue Konfliktstoffe zu erzeugen. Er erhebe im Namen seiner Partei Protest und würde auch die nötigen Konsequenzen daraus ziehen.

Le Ronds „Geheimbericht“. Zu dem angeblichen Geheimbericht des Generals Le Rond an die französische Militärmission in Berlin hat der französische Botschafter dem Reichsminister des Auswärtigen ein Schreiben überreicht, in dem er erklärt, daß dieser Bericht in allen Punkten gefälscht sei.

Womit verdient man am meisten? Diese Frage, die sich heute sichtlich viele vorlegen, läßt sich kurz dahin behandeln, daß der am meisten verdient, der anderen Vergnügen und Unterhaltung verschafft. Jodelis, Preisbozer, Kinoshauspieler werden am höchsten bezahlt, und dann überhaupt alle Leute, die einzigartige oder seltene Fähigkeiten besitzen. R. Günther erinnert in „Ueber Land und Meer“ an die Riefenhonoreare, die bei dem Kampf um die Weltmeisterschaft im Bogen am 2. Juli 1921 gezahlt werden sollen. Die beiden Hauptkämpfer erhalten zusammen ein Honorar von einer halben Million Dollar, und zwar bekommt der Amerikaner Dempfen 300 000 Dollar, der französische Weltchampion Carpentier 200 000 Dollar, gleichgültig wie der Kampf ausgeht. Hohe Einnahmen haben auch von altersher die erfolgreichen Jodelis gehabt. Beim Derby von 1868 verbiente der siegreiche Sockel John Wells in drei Minuten 120 000 Goldmark.

Vor dem Kriege wurde die Gage von Bassermann jährlich mit 70 000 M., die von Maill mit 100 000 M. angegeben. Diese Summen aber werden durch das, was heutzutage Kinoshauspieler verdienen, weit in den Schatten gestellt. So schloß Mitte 1919 eine amerikanische Kinofirma mit dem Filmkünstler Jatty einen Vertrag, durch den er ein Honorar von 3 Millionen Dollar zugesichert erhielt, wenn er dafür innerhalb von drei Jahren in 22 Zweifaktoren und 2 Fünffaktoren auftreten werde. Sowie kann Deutschland nicht zahlen; aber auch hier verdienen die Kinokünstler sehr anständig. Den deutschen Rekord stellte wohl Emil Jennings auf, der für jeden Tag der Mitwirkung an einem Film 10 000 M. erhielt. Das war im Jahre 1919. Damals betrug das Honorar, das Henry Barton für jeden Film erhielt, 44 000 M. Ihr Jahreseinkommen wurde auf 600 000 M. geschätzt. Seitdem hat man freilich versucht, die „Prominenten“ der Filmkunst in ihren Bezügen etwas einzuschränken.

Die Patill, deren Stimme man mit Recht als eine Goldmühle bezeichnet hat, soll sich ein Vermögen von 20 Millionen Goldmark erworben haben. Auf einer amerikanischen Gastspielreise brachte ihr manches Konzert, in dem sie kaum eine Stunde sang, mehr als 30 000 Goldmark ein; einmal wurden ihr zwei Bieder mit 20 000 Goldmark honoriert. Ähnliche Honorare haben ja auch andere Gajungssterne, z. B. Caruso erzielt. Außerdem soll mit seinem Klavierpiel mehr als 10 Millionen Goldmark eingenommen haben. Berühmte Ärzte verdienen nicht so hohe Summen, jedoch kommen auch hier Honorare von mehreren Zehntausend, selbst Hunderttausend Goldmark für eine einzige Operation vor. Märchenhafte Honorare haben auch erfolgreiche Rechtsanwälte erhalten.

An die Adresse unserer nationalen Schieber. Wie „Der Notgeldmarkt“ berichtet, hat die Stadt Eisenberg in Thüringen Zehnpiennig-Scheine gedruckt, die die Umschrift tragen:

Papier, Papier, nichts als Papier
von Preußen bis nach Schwaben,
weil wir im lieben Vaterland
die vielen Lumpen haben.

Wolff in Wien. Alexander Wolff hat sich auf fünf Monate der höchsten Spielzeit an das Deutsche Volkstheater in Wien verpflichtet.

Unabhängige und Einheitsfront.

In der Generalversammlung des Unabhängigen Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg hat der Reichstagsabgeordnete Dr. Breitscheid eine Rede über die politische Lage gehalten, die sich auch mit der Frage der proletarischen Einheitsfront befaßte. Breitscheid sagte nach dem Bericht der „Freiheit“:

Wir können den Dingen ganz anders gegenübersehen, wenn die Arbeiterbewegung in Deutschland und in allen Ländern stark und einflußreich wäre. Daß das nicht so ist, dafür trifft ein großer Teil Schuld die Kommunisten, die überall die Spaltung der Parteien betreiben und die Kampfmittel in einer Art und Weise verzerren und vergrößern, die man nur als verwerflich bezeichnen kann. (Lebhafte Beifall.) Wir sind aus dem Angriff in die Verteidigung gedrängt worden. Das muß wieder anders werden. Aber wird das unter der herrschenden Zersplitterung anders werden? Wünschenswert und notwendig ist die Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte. Die Frage ist, wie das möglich sein wird. Breitscheid erörtert die Möglichkeit gemeinsamen Vorgehens in den Parlamenten. Aber die grundsätzliche Stellung zum Klassenkampf und Internationalismus darf nicht verlassen werden.

Unter der „grundsätzlichen Stellung zum Klassenkampf“ versteht Breitscheid auch die Ablehnung einer Regierungskoalition mit bürgerlichen Parteien. Aber doch meint er bei seiner Stellungnahme zum Kabinett Wirth:

Die neue Koalitionsregierung ist nicht durchweg so zusammengesetzt, daß wir Vertrauen haben könnten. Es ist zu hoffen, daß sich die Richtung Wirth durchsetzt.

Ist es nicht ein feltamer Widerspruch, die Koalition mit Wirth abzulehnen, aber gleichzeitig seine Hoffnung auf diesen bürgerlichen Kanzler zu setzen?

Der Zwangskranke.

Ein Gegenstück zu Mollières „Eingebildetem Kranken“, der ferngehend ist, aber durchaus krank sein will, bildet der Kappistenführer Erugott von Jagow. Er will gesund sein, darf es aber nicht. Das Gericht verbietet es ihm. Jüngst wurde mitgeteilt, daß der Hofbefehl gegen Herrn v. Jagow wegen seines „leidenden Zustandes“ aufgehoben sei, und im Reichstag erklärte der Justizminister Schiffer, daß wegen der Erkrankung Jagows das Verfahren nicht stattfinden könne. Nun schreibt Herr v. Jagow selber in der „Kreuzzeitung“ wörtlich: „Ich war seit März 1920 nicht einen Tag krank.“

Darf man nun fragen, wer die Personen sind, die Herrn von Jagow krank gebetet haben? Darf man fragen, ob gegen sie ein Strafverfahren wegen Verungünstigung eingeleitet wird? — Wenn unsere Justiz noch Vertrauen zu verlieren hätte, sie verdore es jetzt. Aber sie hat ja nichts mehr zu verlieren.

Poehner in Potsdam.

Der Polizeipräsident von Potsdam scheint Wert darauf zu legen, den Beinamen, den wir ihm in unserer Abendausgabe vom 18. d. M. verliehen, zu rechtfertigen. Er sandte uns zunächst zu der Sache eine Zuschrift, die in dermaßen burschikosomem Tone gehalten war, daß wir annehmen mußten, ein Spahvogel habe den Namen des Polizeipräsidenten von Potsdam mißbraucht und ihm Äußerungen wie „Vierzehntausend, abenteuerliche Schilderungen usw.“ unterworfen. Im Interesse des Ansehens des Herrn Polizeipräsidenten von Potsdam haben wir deshalb von einer Veröffentlichung dieser Zuschrift abgesehen. Nunmehr beehrt uns Herr von Zihewitz mit einer preßgefehligen Berichtigung, die lautet:

Der in der Abendausgabe vom 18. d. M. unter der Überschrift „Poehner-Regiment in Potsdam“ abgedruckte Bericht gibt den tatsächlichen Hergang des betreffenden Vorfalls völlig entstellend wieder.

Es ist nicht wahr, daß der Polizeileutnant mit seinen Schutzpolizeibeamten schon vor dem Betreten des Versammlungsorts durch den in Zorn befindlichen Verwaltungspolizeibeamten auf der Straße ausgehört gewesen ist, um „der Dinge, die da kommen sollten, zu lauern“.

Es ist nicht wahr, daß dann, als jenem Verwaltungsbeamten der Zutritt zu dem Lokal verweigert wurde, der Ruf „Los“ erschallt und der Leutnant mit seinen Leuten aus der Beobachtung hervorsprengt, um den Saal zu „nehmen“.

Es ist nicht wahr, daß auf eine telefonische Unterredung mit mir der Befehl kam, die Beamten zurückzuführen.

Wahr ist vielmehr, daß dem aus Sicherheitsgründen Einlass begehrenden Verwaltungspolizeibeamten der Eintritt in das Lokal verweigert wurde, daß erst dann nach telefonischer Rücksprache mit mir der Leutnant mit seinen Schutzpolizeibeamten angefordert worden ist, um dem durchaus berechtigten polizeilichen Verlangen auf Hineinlassung des Zivilbeamten in den Saal Nachdruck zu verleihen, daß der Leutnant alsdann unter Befassung seiner Leute draußen auf der Straße in aller Ruhe und Sachlichkeit mit den maßgebenden Versammlungsteilnehmern verhandelt hat und nach Erreichung seines Zweckes, d. h. also nachdem der Verwaltungspolizeibeamte in das Versammlungsort hineingelassen worden war, mit seinen Leuten von selbst wieder abgerückt ist.

Es ist und bleibt also Tatsache, daß ein Polizeibeamter Zutritt zu der Versammlung verlangte und daß dieser Zutritt mit Hilfe eines größeren Polizeiaufgebots erzwingen wurde, nachdem der Versammlungsleiter in der durchaus berechtigten Erwägung, prinzipiell die Versammlungsfreiheit wahren zu müssen, ihm den Zutritt verweigert hat. Nun behauptet Herr von Zihewitz in seiner ersten Zuschrift, daß der Beamte keine vereinsgefährliche Überwachung, sondern lediglich „sicherheitspolizeiliche Feststellungen“ mit seinem Erscheinen bezweckt habe. Was das für „sicherheitspolizeiliche Feststellungen“ sein sollten, erfahren wir nicht; und darum können auch wir den Verdacht nicht los werden, daß durch eine Hintertür die gefehlich abgeschlossene Überwachung der Versammlung in anderer Form wieder eingeführt werden sollte. Unseren Genossen, die der gleichen Ansicht waren, kann man nicht verargen, daß sie sich dagegen zur Wehr setzten. Die einzelnen Nebenumstände spielen bei dem Sachverhalt eine geringe Rolle. Es kommt auf die Frage der Versammlungsfreiheit an und die ist auch durch das Schreiben des Herrn Polizeipräsidenten nicht geklärt.

Schellen. Die preussische Staatsregierung teilt mit, daß der zum preussischen Bevollmächtigten in München ernannte Landrat Schellen nicht wegen Beteiligung am Kapp-Putsch aus dem Ministerium des Innern entfernt worden sei. Es handle sich bei dieser Behauptung um eine Personenverwechslung. — Mit wem, bitte?

Die griechische „Offensive“. Laut „Daily Express“ haben die Griechen Gsmid zurückgerobert, wollen die Stadt aber nur solange halten, bis die Flüchtlinge eingeschifft worden sind. Englische Kriegsschiffe beteiligen sich an den Operationen. — Hapas meldet aus Konstantinopel: Die armenische Presse gibt bekannt, daß die erste bolschewistische Armee an der türkischen Grenze konzentriert sei. Sie sei durch zahlreiche Muselmanen und Tartaren verstärkt.

Groß-Berlin

Der Eisenfresser.

Ein sehr gefährlicher Verbrecher, der als tollkühner Ein- und Ausbrecher berühmte ehemalige Krieger Schuster, der zu der Klasse der modernen „Kassierereindieher“ gehört, wird sich morgen vor dem Schwurgericht des Landgerichts II unter der Anklage der Tötung des Hausbesizers Waldemar Hennig zu Schöneberg zu verantworten haben.

In der Nacht zum 5. März 1919 wurde der Hauseigentümer Hennig im Flur seines Hauses Hauptstraße 12 zu Schöneberg in einer großen Blutlache tot aufgefunden. Die Obduktion ergab als Todesursache mehrere durch Schläge mit einem stumpfen Werkzeug verursachte Schädelbrüche. Die Verhandlung hat schon einmal vertagt werden müssen, weil der jetzt der Tötung beschuldigte Schuster infolge seiner aufsehenerregenden phantastischen Flucht aus der Charité lebensgefährlich erkrankt war. Er hatte, um seine Ueberführung aus dem Untersuchungsgefängnis nach der Charité zu erzwingen, aus dem in seiner Zelle befindlichen Beigestell Eisenstücke herausgehoben und verschluckt. Die Charité hatte ursprünglich seine Aufnahme abgelehnt, da die Charité zur Aufnahme derart gefährlicher Verbrecher keine genügenden Sicherheitsvorrichtungen besitze. Da aber darauf hingewiesen wurde, daß bei dem hilflosen Zustande Schusters nach der Operation Fluchtgefahr ausgeschlossen erscheine, wurde er in die Charité aufgenommen. In der Nacht darauf war er aus dem dritten Stockwerk der Charité auf unbegreifliche Art verschwunden. Als er dann wieder ergriffen war, wurde er wegen Pferdediebstahls, bei dem er in dem Hause des Hennig zu tun hatte, von der Strafkammer zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt. Die Söhne des getöteten Hennig haben dann eine Eingabe an den Oberstaatsanwalt gerichtet, in der sie die Aburteilung Schusters als des Mörders ihres Vaters fordereten. Daraufhin ist dann die jetzige Anklage erhoben worden, während in der Anklageschrift in der Pferdediebstahlsache gesagt worden war, daß Schuster der Tötung des Hauseigentümers Hennig nicht überzeugend überführt werden könne. Rechtsanwalt Dr. Vincus hat für den Angeklagten, der die Tat bestritt, einen umfangreichen Entlastungsbeweis angetreten. Es liegt hier der jedenfalls seltene Fall vor, daß ein Schwurgericht die Richtigkeit des von einer Strafkammer erlassenen Urteils nachprüfen soll.

Die Wohnungsnot der Bezirksämter.

Die Unterbringung der Berliner Bezirksämter macht der städtischen Verwaltung noch immer große Schwierigkeiten. Das Bezirksamt Tiergarten konnte, nachdem andere Pläne sich zerlagert hatten, in einem Teil der Räume des früheren Zweverbandes und Wohnungsverbandes Groß-Berlin in der Moltkestr. 24 untergebracht werden; das Bezirksamt Friedrichshagen befindet sich in der Parkstr. 49. Das Bezirksamt Wedding hat bisher nur unzureichende Räume im Redigenheim am Brunnenplatz erhalten. Für den größten Teil seiner Bureaus soll das von der Jüdischen Gemeinde aufgegebenes Schwefelsteinheim in der Egerstr. 10 auf zehn Jahre zu einem jährlichen Mietpreis von 75 000 M. gemietet werden. Zu einem Verkauf hat sich die Jüdische Gemeinde nicht bereit gefunden. Ferner soll aber die Stadt den zum Jüdischen Krankenhaus gehörigen Infektionspavillon zur Unterbringung der Schwefelsteinstraße einrichten, was eine einmalige Auswendung von 100 000 M. verurteilt. Für den Bezirk Kreuzberg, dessen Bezirksamt bisher in der Schleiermacherstraße in völlig unzureichenden Schulräumen untergebracht ist, soll das Duergebäude des Neubaus der Friedrich-Werderschen Oberrealschule auf dem Hinterland von Nordstr. 10 zur Verfügung gestellt werden. Da dieses Duergebäude aber keinen unmittelbaren Zugang hat soll zu diesem Zweck das Hausgrundstück Nordstr. 3 zum Preis von 250 000 Mark erworben werden, das mit seinem hinteren unbedauten Teil an den Hof des Schulgrundstücks stößt.

Einstein Amerikareise.

Im völlig überfüllten Bühnenkaale sprach gestern abend nach leidenschaftlichen Worten des Rabbiners Dr. Robel (Frankfurt a. Main), der die gefühlsmäßig religiösen Grundlagen des Zionismus darstellte, Professor Albert Einstein über den „Aufbau Palästinas als Aufgabe der Judenheit“. Einstein schilderte Eindrücke seiner Amerikareise, die er im Auftrage der zionistischen Zentrale soeben beendet hat. Er gab einen kurzen geschichtlichen Rückblick über die Entwicklung des Judentums in den letzten hundert Jahren und betonte, zum ersten Male in Amerika jüdisches Volk gesehen zu haben. Volk nicht im Sinne einer Summe von Einzelwesen, sondern als nationale Gemeinschaft mit verbindendem Nationalbewußtsein. Jerusalem sei der Hort des Wiedererwachens jüdischen Nationalgefühls. Im Antisemitismus habe man die Reaktion der Weltmächte auf die Betonung des nationalen Empfindens durch das Judentum zu erblicken. (Wieder diese Auffassung sei hier nicht gerichtet; nur soviel sei gesagt, daß sie den Antisemiten durch Gewährung einiger gewissermaßen verständlicher Motive allzu sehr entgegenkommt.) Einstein schloß mit einem warmen Appell für die Errichtung einer Stätte, die geistiges Zentrum für alle Juden der Welt werden müsse und die Aufgabe habe, das jüdische Sehnen der bei fremden Völkern Wohnenden zu stillen.

Der begeisterte Beifall, der Einstein empfing und ihm am Schluß seiner Worte dankte, galt wohl ebenso dem philosophisch-naturwissenschaftlichen Denker, wie dem zionistischen Führer. — Den Ausgang mußte man durch einen Notweg wählen. Viel Schutzpolizei war zugegen; es schien, als erwarte man auch hier national-antisemitische Ausschreitungen, die jedoch ausblieben.

Die Weltstadt in Zahlen.

Die Gesamtfläche von Groß-Berlin beträgt rund 878 Quadratkilometer, die Einwohnerzahl betrug am 3. Oktober 1919 3 800 048 und hat seitdem nicht zugenommen. Die Streckenlänge der Berliner Straßenbahnen erreichte am 1. Juli 1920 609 Kilometer, der hoch- und Untergrundbahnen nur 7 1/2 Kilometer. — Die Zahl der am 1. Januar 1921 in Berlin vorhandenen Theater ist auf 44 gestiegen. Eingesperrt waren an diesem Tage fünfmal soviel vorhanden, nämlich 235 und Kinos sogar 398. Die Zahl der am 1. Januar vorhandenen öffentlichen Krankenkassen belief sich auf 59 und die der Privatheilstätten auf mehr als zehnmal so viel. Die Zahl der Schulen, Droschken, Omnibusse, Kraftwagen usw. war nicht genau festzustellen, sie ist gegen die der Friedenszeit zurückgegangen.

Den Auswanderungsschwindel betreibt ferner ein Mann, der sich Hans Raschke nennt und eine zeitlang in einem Hotel am Schlesischen Bahnhof wohnte. Er zeigt in mecklenburgischen Zeitungen, in Rostock, Güstrow, Neubrandenburg usw. an, daß er Gelegenheit habe, Auswanderer für Südamerika günstig unterzubringen. Der Schwindler vertritt den Anschein freie Ueberfahrt, gute Unterkunft, Stellenanweisung und dergleichen mehr. Für die Beschaffung der Reisepässe, der Einreisegeldbescheinigung usw. läßt er sich einen Vorschuß von 180 Mark einfordern. Die Auswanderungslustigen schiden ihm auch vertrauensvoll das verlangte Geld und ihre Papiere und hören dann nichts mehr von ihm. Mittelungen nimmt die Inspektion B. I. der Kriminalpolizei im Berliner Polizeipräsidium entgegen.

Durch Schundfilme und Schundcomane verdothen. Jugendliche Expreßler hatten sich gestern vor der 3. Strafkammer des Landgerichts III auf die Anklage der Expreßler durch Bedrohung mit Mord zu verantworten. Die Strafvorschrift des § 254 St.G.B. kennt bei Erwachsenen für dieses Verbrechen nur Zuchthausstrafe und keine mildernden Umstände. Die Angeklagten, erst 16jährige Schüler H. und R., hatten an einen ihnen als wohlhabend bekannten Kaufmann mit der Scheinbildung eines Briefes gerichtet, in dem sie den Kaufmann aufforderten, 2000 M. an einer bestimmten Stelle niederzulegen. Der Kaufmann wandte sich an die Polizei, und diese nahm den jugendlichen Abholer S. nebst seinen Auftraggebern fest. Vor Gericht gaben die Angeklagten den Sachverhalt zu und erklärten auf Vorhalt der Verteidiger, aus Detektivfilmen und Hinterdreppenromanen die Idee und den Wortlaut des Expreßbriefes entnommen zu haben. Mit Rücksicht hierauf empfahlen die R. u. Dr. Fren und Wolff die jugendlichen Riffeläter der Milde des Gerichts und beantragten für die Verfasser des Briefes Aussetzung der zu erlernenden Strafe und für S., der gar nicht gewußt habe, worum es sich handelte, die Freisprechung. Dementprechend wurde S. freigesprochen, H. und R. zu je 2 Monaten Gefängnis unter Strafaussetzung verurteilt.

„Politisches“ Affentat eines jungen Russen. In der Oneisenaustraße gab heute vormittag ein bei einer Witwe Mühlhaupt wohnender junger Russe auf die Witwe zwei Schüsse aus einem Revolver ab. Auf die Hilferufe der Frau drangen Bewohner der Nachbarhäuser in die Wohnung ein, wo sie der Affentäter mit vorgehaltenem Revolver bedrohte. Ein Mann schlug ihm jedoch die Waffe aus der Hand. Die Frau, die von zwei Schüssen getroffen wurde, wurde nach dem Krankenhaus gebracht. Der Täter wurde festgenommen; er behauptete, die Tat aus politischen Motiven verübt zu haben.

Technisches Personal für Niederländisch-Indien suchte angeblich ein Mann, der unter dem Namen v. Bornemann hier in einem großen Hotel wohnte. Er versprach durch Anzeigen Auswanderungslustigen freie Aus- und Rückreise nach mindestens einjährigiger Tätigkeit und 25—35 Gulden Wochenlohn, für Baufachleute 35—45 Gulden und für Elektrotechniker 40—70 Gulden. Für Vorbereitungen zum Vertrage und ärztliche Untersuchung mußte ihm im voraus ein Gulden bezahlt werden. Dann aber ließ er nichts mehr von sich hören. Dieses „Geschäft“ brachte ihm so viel ein, daß er im Hotel ein teures Zimmer bewohnen konnte, bis er verschwinden mußte. Der Mann war hier schon als verdächtig einmal angehalten, aber wieder entlassen worden, weil er sich mit den Papieren eines fuh. ing. Bornemann aus Hannover, eines ganz unbedeutenden, jungen Mannes, ausweis. Jetzt hat sich ergeben, daß der Schwindler, der sich von Berlin wahrscheinlich nach der Provinz gewandt hat, diese ihrem Eigentümer gestohlen hat.

Beim Aufspringen auf einen fahrenden Eisenbahnzug verunglückte der in der chemischen Fabrik von Ruder beschäftigte Arbeiter Blum auf dem Stadtbahnhof Neutölln. Er geriet mit beiden Beinen zwischen Trittbrett und Bahnsteig und wurde, trotz dem der Zug sofort durch Ziehen der Notbremse zum Stehen kam, zu Tode gequetscht.

Das Aufspringen auf fahrende Eisenbahnzüge ist verboten und wer es dennoch wagt, tut es auf eigene Gefahr, die Eisenbahnverwaltung lehnt jede Verantwortung ab.

Für Pausen. Die Elternversammlung der 70. Gemeindefschule nahm folgende Entschlüsse an: Die am 21. Juni in der Aula folgende Gesamtelternversammlung der 70. Gemeindefschule erklärt sich nach einem Vortrage des Herrn Prof. Paul Deitrich über die Gemeinschaftsschule mit dem Auftrage des Berliner Oberstadtschulrats Pausen einverstanden. Indem sie es freudig begrüßt, daß er sich auch an die Elternschaft zur Mitarbeit gewandt hat, erklärt sie sich bereit, ihn bei der Durchführung seiner Pläne zu unterstützen.

Eine dankerolle Beistellung mit 525 M. Inhalt, die die gesamten Ersparnisse des Veriters darstellten, wurde am Sonntag, den 26. Juni, im Walde bei Buch verloren. Der Finder wird gebeten, die Tasche gegen gute Belohnung bei Lehel, Berlin, Schwabener Straße 24, u. 4 Treppen, abzugeben.

Moralunterricht und Jugendweiche in Oberschöneweide. Achtung! Oberschöneweider Eltern! Alle Eltern, welche wünschen, daß ihre im Herbst zur Entlassung kommenden Kinder an der Jugendweiche der weltlichen Schule teilnehmen, werden gebeten, ihre Adressen in einer der nachfolgenden Adressen abzugeben. Desgleichen ersuchen wir, bis spätestens 8. Juli die Kinder angeben zu wollen, die am Moralunterricht teilnehmen sollen. Meldungen werden entgegen genommen: 1. Verkaufsstelle der Konsumgenossenschaft, Rathlidenstraße 5; 2. Verkaufsstelle der Konsumgenossenschaft, Edisonstraße; 3. Zigarrengeschäft Bierth, Wilhelmshofstraße; 4. Zigarrengeschäft Vaber, Wilhelmshofstraße 17; 5. Schneidermeister Wolf, Wilhelmshofstraße 2. Die Elternbeiräte der 5. Gemeindefschule.

In der Scala beherbergen die 2 Umarantss, amerikanische akrobatische eigenartige Tänzerinnen noch immer das Programm. Vorläufig letzte Partiel-Vorstellung 30. Juni. Beginn der Winterpielzeit 1. September.

Das Wetter für morgen.

In Berlin und Umgebung kühl und veränderlich. Überwiegend bewölkt bei ziemlich frischen Nordwestwinden. Keine erheblichen Niederschläge.

Filmschau.

Caro Mh. Ein amerikanischer Kriegerfilm aus Bild-Post in 6 Abteilungen und 32 Akten. Das legt eigentlich genau. Zunächst sieht man die ersten beiden Abteilungen: „Das Geheimnis der Vorkämpfer“ und „Das Tal des Schreckens“. Man muß sich immer wieder über den Gehalt der Amerikaner wundern. Wilde, tolle, verwegen, zum großen Teil unwahrscheinliche Abenteuer: Bolzerei, Kugelspiel, Kanonen und Menschenjagd. Am ersten Akt werden die Szenen derart zusammengeschoben, daß oft nur 1 bis 1 1/2 Meter übrig bleiben. Das ist unmöglich, denn das Auge kann dem sich rasend bewegenden Bild nicht so schnell folgen. Der Film läuft in der „Sauburg“, die auch ein recht nettes und lustiges Herrenschloß ist. „Die Kriegsgewinnler“ dazu gibt. Wenn Herrschel als Kriegsgewinnler Dimmelade (d. h. Karmelade) sagt, dann will das Haus seiner spielen vor Berggütern.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

22. Abt. Steglitz. Der Ausschuss für Arbeiterwohlfahrt und der Jugend-Ausschuss der SPD. geben bekannt, daß die Ferienfeste am Dienstag, den 12. Juli beginnen. Sie finden jeden Dienstag und Freitag nachmittags von 2—6 Uhr im Park-Restaurant Söbende statt. Anmeldungen werden bis Freitag, den 8. Juli erbeten an Genossin Jermann, Brandenburgische Straße 5 und im Restaurant Clement, Süppelstraße 7.

Jungvolkstätten. Gruppe Lichtenberg. Heute abend Besuch der Treppenwerk Sternwarte Treffpunkt Bahnhofs-Strassen-Kommunalarbeit pünktlich 6 Uhr. — Gruppe Norden bei Söbende. Treffpunkt: Söbende, 8. Markt- und Gefangenenstr. Schönberg-Friedman. 11. Kreis. Heute abend 8 Uhr bei Anwalter, Eisenhofstraße 6. Sitzung aller Elternbeiräte (SPD). Praktische Arbeit der Elternbeiräte und des Jungvolk-Schulprogramms. Ref.: Genosse Prof. Deitrich.

Arbeiter Sport.

Arbeiter-Sportfest. (18. Bezirk.) Nächste Telefonkündigung Mittwoch, den 29. Juni, abends 6 Uhr, im Lokal von Wälde, Berliner Allee. Da gleichzeitig die Materialausgabe zum Sportfest stattfindet, ist es Pflicht eines jeden Delegierten, zu erscheinen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbund der Kriegsgeschädigten. Ortsgruppe Steglitz. Donnerstag, den 10. d. M. Mitgliederversammlung im Gymnasium, Berlin-Str. 1. — Arbeitsgemeinschaft für die weltliche Schule. Nächste Sitzung in Berlin-Str. 1 am Donnerstag, den 10. Juni, nachmittags 4 Uhr. V. Gemeindefschule, Kugelschloß-Str. 17. Gäste bitte mitkommen. Tagesordnung: Geschäftsbericht — Wohnungsgenossenschaft — Bund heimatischer Offiziere Groß-Berlin. — Vortragsgruppe Rothweh. Donnerstag, den 10. Juni, abends 8 Uhr, im Saal der Jugendbauhütte, Mathisenow-Str. 8a. Jede Erschließung, Vortragsveranstaltung. — Mieter-Bewegung Schwedter. Öffentliche Mieterversammlung am Sonntag, den 29. d. M., abends 8 Uhr, in der Gemeindefschule, Brandenburgische Straße 5. — 4. Kreis. Nächste Sitzung am 1. Juli d. M. Vortrag: Arbeiterwohlfahrt R. u. Dr. Engel.

